



WENIGER FREIHANDEL, MEHR KOOPERATION!

**Forderungskatalog
der
KOO und AGEZ
anlässlich des EU – Lateinamerika– Gipfels**

AGEZ - Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit

1090 Wien, Berggasse 7
Tel/Fax: 01/317 40 16
E-Mail: office@agez.at
Homepage: www.agez.at

**KOO - Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für
internationale Entwicklung und Mission**

A 1090 Wien, Türkenstraße 3
Tel.: (+43) 01 / 3170 321
Fax: (+43) 01 / 3170 321 85
E-Mail: info@koo.at
Homepage: www.koo.at

Wien, im Jänner 2006

**Weil weitere Liberalisierungsschritte
GEWINNE FÜR WENIGE,
aber BEDROHUNG FÜR DIE MEISTEN bringen ...**

... fordern wir beim EU-Lateinamerika-Gipfel in Wien ...

... eine unabhängige Evaluierung der Auswirkungen von
Freihandelsabkommen

... Reduktion der Schuldenlast

... Schutz für die bäuerlichen Familienbetriebe

... Ernährungssicherheit statt Exportorientierung

... mehr Kooperation im Bereich Politik und Entwicklung

... Keine De-Industrialisierung durch schrankenlosen Zollabbau!

... dass indigene Rechte nicht durch Freihandelsabkommen
untergraben werden.

... mehr Transparenz, Partizipation und demokratische Kontrolle
im Verhandlungsprozess

Weil weitere Liberalisierungsschritte GEWINNE FÜR WENIGE, aber BEDROHUNG FÜR DIE MEISTEN bringen...

Im Laufe der letzten zehn Jahre haben – parallel zu den multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO – sowohl die EU als auch ein Großteil der Regierungen Lateinamerikas auf eine Reihe biregionaler und bilateraler Verträge gesetzt. Aus entwicklungspolitischer Sicht wären regionale Abkommen als Alternative zur umfassenden WTO-Liberalisierungsagenda durchaus eine sinnvolle Variante, um eine sanfte Heranführung an den Weltmarkt zu ermöglichen.¹ In der momentanen konkreten Praxis entpuppen sich diese bilateralen Abkommen als besonders tückisch für breite Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern, aber auch für die bäuerliche Landwirtschaft und die ArbeitnehmerInnen in der EU. Die Verhandlungen in diesem Bereich haben gegenwärtig immer eine WTO-Plus-Agenda² und dienen dazu, weitreichendere Liberalisierungsforderungen durchzubringen, als dies im Rahmen der WTO bislang möglich war.

Freihandelsabkommen der EU bestehen bereits mit Mexiko (seit Oktober 2000) und Chile (seit Februar 2003). In Verhandlung bzw. Vorbereitung sind Abkommen mit dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Venezuela), der Andengemeinschaft (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela) und Zentralamerika (Costa Rica, El Salvador, Nicaragua, Panama, Guatemala, Honduras). Außerdem ist die EU mit den karibischen Staaten vor allem durch das sogenannte AKP-Vertragswerk *Lomé IV* und sein Nachfolgeabkommen *Cotonou* verbunden. Die Abkommen enthalten zwar auch einige Kapitel zu den Bereichen „Kooperation“ und „Entwicklung“, die jedoch den Wirtschafts- und Handelsinteressen der europäischen Konzerne und den Agrarexporteurinnen in den Entwicklungsländern untergeordnet sind.

Die Hauptforderungen der EU beziehen sich auf eine weitgehende Öffnung des Dienstleistungsmarktes in den Bereichen Telekommunikation, Finanzen und maritimer Handel. Weit oben auf der EU-Agenda stehen zudem Regelungen zum staatlichen Schutz von Investitionen, die rechtliche Gleichbehandlung ausländischer Investoren, der Zugang zum Ausschreibungsmarkt im Öffentlichen Beschaffungswesen und die Durchsetzung von Patenten. In diesen Forderungen spiegeln sich weitgehend die Wünsche der europäischen multinationalen Konzerne wider. Die Landwirtschaft spielt bei den EU-Forderungen eine untergeordnete Rolle, gleichwohl sieht die EU-Kommission auch hier bei Milchprodukten gute Chancen für europäische Exporteure.

¹ Vgl. Ha-Joon-Cang; Kicking away the ladder. Development Strategy in Historical Perspective; Mai 2002

² Vgl. Jakarta Post; 9. September 2004

Zitat von Pascal Lamy, dem früheren EU-Handelskommissar und jetzigen WTO-Generaldirektor: „Ein bilaterales Handelsabkommen ist per Definition ein WTO-plus-Abkommen.“

Die lateinamerikanischen Staaten - speziell der Mercosur - drängen im Bereich des Agrarhandels auf weitreichende Zugeständnisse auf europäischer Seite. Dabei geht es um Zollabsenkungen und die Erhöhung von Importquoten für ihre Agrarprodukte (Fleisch, Zucker, Mais, Weizen, Milchpulver, etc.). Neben den internationalen Gläubigern³ ist die unmittelbare Gewinnerin der gesteigerten Agrarexporte die ohnehin bereits mächtige Agroindustrie, die von internationalen Konzernen kontrolliert wird. Die steigende soziale Polarisierung, die zunehmende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und die höhere Anfälligkeit gegenüber externen Schocks durch Freigabe des Kapitalverkehrs verlangen eigentlich einen Stopp weiterer Liberalisierungen. Stattdessen sollte an erster Stelle die Wiedergewinnung gesellschaftlicher Steuerungsmöglichkeiten stehen, die zumindest eine gleichrangige Berücksichtigung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Aspekten neben Wirtschaftsinteressen gewährleisten.⁴

Von einer weiteren Marktöffnung im Norden und Süden würden vorwiegend multinationale Konzerne profitieren, die ihre Produkte billig auf dem Weltmarkt verkaufen möchten. Die Verhandlungen in der jetzigen Form, wo – wieder einmal – die Wirtschaftsinteressen der transnationalen Konzerne oberste Priorität haben und Fragen der Förderung von Entwicklung und der Menschenrechte hintangestellt werden, würden die Lebenssituation von Millionen Menschen in Lateinamerika weiter verschlechtern und den Druck auf bäuerliche Betriebe und ArbeiterInnen in Europa erhöhen.

Unsere ProjektpartnerInnen in Lateinamerika und soziale Organisationen und Bewegungen weltweit lehnen ein Abkommen, wie es in der derzeitigen Form zwischen der EU und dem Mercosur verhandelt wird, ab, weil es Gewinne für wenige, jedoch eine existentielle Bedrohung für die meisten darstellt.

„Dieser Vertrag gefährdet die wichtigen Bereiche der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, unserer Industrie und Dienstleistungen, sowie die Arbeitsplätze von Millionen von BürgerInnen des Mercosur. All das, um am Ende nichts zu gewinnen? Einzig und allein ein weiteres Abkommen für *freien Handel*, der die Gewinne der europäischen, transnationalen Konzerne und weniger Bereiche des Agrarhandels steigern wird.“⁵

³ Die Staaten verwenden die Exporteinnahmen, um den Schuldendienst zu speisen.

⁴ Im Human Development Report 2005 des Entwicklungsprogramms der UNO (UNDP) heißt es: „Aus der Perspektive der menschlichen Entwicklung ist Handel ein Mittel zur Entwicklung, kein Selbstzweck. Indikatoren wie Exportwachstum, Export-BIP-Relation oder Marktöffnung sind keine Garanten für menschliche Entwicklung.“

⁵ Erklärung der sozialen Organisationen und Bewegungen des Mercosur. Abkommen EU-Mercosur. Gewinne für wenige, Bedrohung für die meisten; 1. Oktober 2004

Weil weitere Liberalisierungsschritte GEWINNE FÜR WENIGE, aber BEDROHUNG FÜR DIE MEISTEN bringen ...

... fordern wir Alternativen im Dienste der menschlichen Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes!

Wir fordern ...

...eine unabhängige Evaluierung der Auswirkungen von Freihandelsabkommen

Obwohl das Vertrauen in Freihandel und Liberalisierung als Garant für Wohlstand und Entwicklung immer weiter abnimmt, halten die EU-Kommission und eine Mehrzahl der nationalen Regierungen in Europa und Lateinamerika ungebrochen an dieser neoliberalen Ideologie fest.

Liest man die Studien der UN-Organisationen UNCTAD oder FAO wird man sehr schnell zu einer differenzierteren Einschätzung kommen. Die großen Profiteure im Zuge von Freihandel und Liberalisierung sind meist die transnationalen Konzerne. Auf der Strecke bleiben Kleinbauernfamilien, ArbeitnehmerInnenrechte und Umwelt- und Sozialstandards. Wirtschaftswachstum und Exportzunahmen sind nicht einfach gleichzusetzen mit Wohlstand und menschlicher Entwicklung der breiten Bevölkerungsschichten.

Eine gewissenhafte Analyse von unabhängigen ExpertInnen im Rahmen der UNO über die Auswirkungen bisheriger Freihandelsabkommen und Liberalisierungsmaßnahmen speziell für die ärmsten Bevölkerungsschichten – die in Lateinamerika nach wie vor die Mehrheit bilden – muss als Grundlage für künftige Verhandlungen dienen.

Liberalisierung und der Abbau von Handelsschranken sind per se nicht schlecht, aber bestimmt kein Allheilmittel, welches immer, überall und als einzige Möglichkeit verabreicht wird.

Wir fordern ...

...Reduktion der Schuldenlast

Zur Bedienung der Schulden sind die Länder gezwungen, Devisen zu erwirtschaften. Viele Länder Lateinamerikas setzen deshalb auf den Export von Agrargütern, obwohl dies mit schwerwiegenden sozialen Folgen für die eigene Bevölkerung verbunden ist. Die exportorientierte, kapitalintensive Landwirtschaft schafft kaum Arbeitsplätze und Einkommen auf dem Land, verdrängt Kleinbetriebe und gefährdet die Produktion für den lokalen Markt. „Das Agrobusiness exportiert in alle Welt Kaffee, Zucker und Soja, und die Hälfte der Brasilianer leidet Hunger. Dies ist das absurde Ergebnis des Modells der Kommerzialisierung der Landwirtschaft.“⁶

⁶ Altemir Torelli, Leiter der brasilianischen Familien- und Kleinbauerngewerkschaft FETRAF-Sul mit 100.000 Mitgliedern, Germanwatch 3/2005

Um den budgetären Gestaltungsraum für Ausgaben in den Sektoren Gesundheit, Erziehung und Agrarreform zu erweitern, muss die Frage nach der übermäßigen Verschuldung wiederaufgenommen werden. Es ist notwendig, eine externe Prüfung der öffentlichen Verschuldung durchzuführen, und den Inhalt der Verträge, sowie die bereits ausbezahlten Beträge, zu prüfen. Es muss auch die Summe der illegitimen und bedenklichen Verschuldung der Länder des Südens geprüft werden. Es ist auch notwendig, makroökonomische Mechanismen aufzubauen, die nach der Verringerung der Verschuldung verhindern, dass sich neue Teufelskreise der Verschuldung bilden. Eine Bezahlung der Schulden sollte auch nur dann erfolgen, wenn gleichzeitig dadurch die Ausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse auf sozialer Ebene nicht beeinträchtigt werden.⁷

Wir fordern ...

...Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe

Den Wettbewerb zwischen Kleinbauernfamilien und hochtechnologischen Agrarindustrie-Konzernen *fair* zu nennen wäre schlicht und einfach absurd. Agrarhandelsregelungen dürfen die Förderung und den Schutz einer bäuerlichen und nachhaltigen Landwirtschaft nicht behindern indem diese gezwungen werden, mit transnational agierenden Agrarkonzernen in eine unfaire Konkurrenz zu treten.

In Brasilien erhielten in der Anbauperiode 2003/2004 die zehn transnationalen Agrobusiness-Konzerne mit 4 Milliarden Reals mehr staatliche Kredite als alle Kleinbauernfamilien zusammen. 50% der Menschen, die an chronischem Hunger leiden, sind Kleinbauernfamilien in den Entwicklungsländern. Weitere 22% sind Landlose, die sich als LandarbeiterInnen über Wasser zu halten versuchen.⁸

Es gibt Berechnungen, die besagen, dass etwa 20 Millionen zusätzliche moderne Landwirtschaftsbetriebe – ausgestattet mit der notwendigen Technologie und dem Kapital – die kleinbäuerliche Produktion zur Gänze ersetzen könnten.⁹ Was geschieht aber mit den Milliarden von nicht konkurrenzfähigen Kleinbauernfamilien und bäuerlichen Betrieben, die dabei auf der Strecke bleiben, wenn dieser Weg fortgesetzt wird? Keine noch so phantastische, industrielle Entwicklung kann diese Menschenmassen auffangen.

Verordnete Marktöffnungen, ein auf Export ausgerichtetes Entwicklungskonzept sowie der Import von billigen Massenprodukten bedeuten den Tod der bäuerlichen Familienbetriebe.¹⁰

⁷ Wäre der Zinssatz für die brasilianischen Schulden in den letzten 25 Jahren nur bei durchschnittlich 6% gelegen (und nicht bei bis zu 20%) hätten mit dieser Differenzsumme in Brasilien z.B. 10 Millionen Familien ohne Land angesiedelt oder 20 Millionen Arbeitsplätze im Landwirtschaftssektor oder eine zwanzigfache Verbesserung der staatlichen Straßen ermöglicht werden können.

⁸ Millennium Project Task Force on Hunger 2003

⁹ Vgl. Samir Amin: Die neue Agrarfrage, Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung, Widerspruch 47

¹⁰ Daten der Pastoralen Landkommission Brasiliens (CPT) zufolge verlieren mit jeder Arbeitsstelle, die im Bereich des Agrobusiness geschaffen wird, auf der anderen Seite 11 Landarbeiter ihren Job.

Jedes Land muss das Recht haben seine eigene Landwirtschaft zu schützen und zu unterstützen, um das Menschenrecht auf Nahrung sicherzustellen. Die Aufrechterhaltung bzw. Einführung von Zöllen und Importquoten für bestimmte Produkte muss ausdrücklich erlaubt sein.

Wir fordern ...

...Ernährungssicherheit statt Exportorientierung

Die europäische Agrarpolitik muss so umgestaltet werden, dass sie einerseits das Recht erhält, ihre bäuerliche, sozial und ökologisch nachhaltige, landwirtschaftliche Produktion zu schützen und zu unterstützen, andererseits aber geeignete Maßnahmen ergreift, um von der Überschussproduktion wegzukommen. Alle Formen von Unterstützungen für den Export, die dazu beitragen, europäische Agrarprodukte zu Dumpingpreisen am Weltmarkt abzusetzen, müssen unterbunden werden.

Die einheimischen Bauern und Bäuerinnen in den jeweiligen Ländern können mit den Dumpingpreisen der EU nicht mithalten, werden von den eigenen Märkten vertrieben, verarmen oder flüchten in die Städte, wo es für viele ebenso keine Perspektive gibt. Das Netzwerk von Bauernorganisationen *La Via Campesina* warnte vor den negativen Auswirkungen einer Zollreduktion für Milchprodukte für hunderttausende kleinbäuerliche Betriebe in Lateinamerika. Allein in Brasilien entfallen über 80 % der Milchproduktion auf Familienbetriebe, die nicht in der Lage wären, gegen die europäischen Anbieter zu bestehen.¹¹ Billige Nahrungsmittel aus dem Ausland helfen den Menschen nur wenig, wenn der Großteil der Bevölkerung seine Einkommensquellen verliert und sich gar nichts mehr zu essen leisten kann.

Aber auch für die Entwicklungsländer stellt eine exportorientierte Agrarpolitik keine brauchbare Entwicklungsperspektive dar, wie die neueste Studie der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik (ECLAC) zeigt.¹² Während die Agrarindustrie in diesen Ländern beträchtliches Wachstum verzeichnet, können die 45 Millionen Menschen, die in extremer Armut am Land leben – darunter besonders viele Frauen und Kinder – nicht von diesem Wachstum profitieren. Dieses exportorientierte Wirtschaftsmodell ist darüber hinaus auch sehr verwundbar, weil es nur auf wenige Produkte beschränkt ist, welche sich in wenigen Ländern und dort in den Händen von wenigen Produzenten konzentrieren, die für einen begrenzten Markt produzieren.

Eine zukünftige Agrarpolitik muss eine sozial- und umweltverträgliche, bäuerliche Produktionsweise unterstützen. Sie soll das Menschenrecht auf Nahrung im jeweiligen Land sicherstellen und die Herstellung von Qualitätsprodukten fördern, anstatt billige Überschüsse für den Weltmarkt zu produzieren.

¹¹ Diese exportorientierte EU-Milchpolitik schadet auch den europäischen Bauern, weil die Milchproduktion durch Quotenerhöhung noch gesteigert werden soll, wodurch die Preise weiter fallen werden, diese aber ohnehin schon für die meisten Milchbauern zu niedrig ausfallen, um überleben zu können..

¹² Vgl. Panorama 2005, el nuevo patrón de desarrollo de la agricultura en América Latina y el Caribe

Gegenwärtig gehen rund 70% des EU-Agrarbudgets an 20% der Großbetriebe in Europa¹³, und einige der größten transnationalen Konzerne, wie Nestle, Campina, BASF, Mars oder Heineken erhalten hohe Zahlungen aus dem EU-Agrarbudget¹⁴.

Wir fordern ...

... mehr Kooperation im Bereich Politik und Entwicklung

Im Gegensatz zu den Freihandelabkommen zwischen den USA und Lateinamerika, sehen die Abkommen zwischen der EU und Lateinamerika zumindest einige Kapitel zu den Bereichen „Kooperation“ und „Entwicklung“ vor. Diese haben aber bei weitem nicht dieselbe Bedeutung und Verbindlichkeit wie jene im Bereich von Ökonomie und Handel.

Sollen (Freihandels-)Abkommen wirklich ein Beitrag zur menschlichen Entwicklung leisten – und nicht nur der Erschließung von neuen Absatzmärkten für multinationale Konzerne dienen – dann müssen Fragen der Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen, soziale und ökologische Mindeststandards und Fragen der politischen Zusammenarbeit, zumindest den gleichen Stellenwert aufweisen wie Fragen des Handels und der Wirtschaft. Die Wünsche der transnationalen Konzerne dürfen nicht der bestimmende Faktor in diesen Abkommen sein. EU-Forderungen, die diesen Ansprüchen nicht gerecht werden oder sogar das Gegenteil bewirken¹⁵, sind strikt zurückzuweisen.

Wir fordern ...

...Keine De-Industrialisierung durch schrankenlosen Zollabbau

Freihandelsabkommen forcieren immer den Zollabbau, wodurch aber der Politik ein wichtiges Instrument genommen wird, das es ermöglicht, noch schwache Industrie-sektoren im eigenen Land vor der Übermacht der multinationalen Konzerne zu schützen. Untersuchungen der UN-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zeigen sehr deutlich, dass Liberalisierungen in diesem Bereich - besonders in noch wenig entwickelten Ländern - vielfach zur De-Industrialisierung führen.¹⁶ Die Marktöffnung gegenüber einem ökonomischen „Riesen“, wie der EU, führt zu enormem Wettbewerbsdruck, dem die sich im Aufbau befindenden Industrien in armen Ländern kaum standhalten können.

Aber selbst in großen Schwellenländern wie Brasilien schrumpft der industrielle Sektor. Durch die Kombination von Importliberalisierung und überbewerteter Währung, wurde in den 1990er Jahren Brasiliens Industrie erdrückt. Viele Bereiche, wie die Auto-Zulieferindustrie wurden vollständig von transnationalen Konzernen

¹³ Vgl. Action Aid (2005b): Power Hungry. Six reasons to regulate global food corporations

¹⁴ Vgl. Oxfam (2005a): Kicking Down the Door. How Upcoming WTO Talks Threaten Farmers in Poor Countries

¹⁵ Explizit fordert die EU, "remove restriction referring to *agrarian reform*"; August 2004, DG Trade

¹⁶ Vgl. Trade liberalization and economic reform in developing countries: Structural change or de-industrialization (UNCTAD April 2005)

übernommen. Auch im Jahr 2003 sank die Industrieproduktion wiederum in 17 von 19 untersuchten industriellen Sektoren.¹⁷

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes primär auf Agrarexporte zu setzen ist ein riskantes Unterfangen: Agrarmärkte wachsen generell langsam, in den Industrieländern stagniert mit dem Bevölkerungswachstum die Nachfrage nach Lebensmitteln, Agrarpreise können plötzlich und stark ausschlagen und weltweit bringen Primärprodukte im Vergleich zu Industrieprodukten weniger ein.

Eine souveräne Industriepolitik der Entwicklungsländer, bei der ausländische Direktinvestitionen mit klar definierten Leistungsaufgaben zum Technologie- und Qualifikationstransfer oder zur Verwendung lokaler Vorprodukte verknüpft werden, ist den europäischen Großkonzernen ein Dorn im Auge.

Handelsabkommen zwischen der EU und Lateinamerika/Karibik müssen es den Entwicklungsländern aber weiterhin erlauben, ihre Industrien unter ausreichendem Schutz aufzubauen und diese erst schrittweise an den Weltmarkt heranzuführen. Gleichzeitig ist es kein zukunftsweisendes Wirtschaftsmodell für Europa, wenn immer mehr Konzerne ihre Produktion unter Ausnützung der geringeren Sozial- und Umweltstandards nach Lateinamerika verlagern – somit auch den sozialen Druck in Europa erhöhen – gleichzeitig aber Handelserleichterungen einfordern, um weiterhin den europäischen Markt bedienen zu können.

Wir fordern ...

...dass indigene Rechte nicht durch Freihandelsabkommen untergraben werden

Während indigene Völker allmählich einen Modus der Anerkennung und Koexistenz mit Nicht-Indigenen und deren Regierungen gefunden haben, stellen internationale Freihandelsabkommen eine weitere Gefahr für sie da. Regierungen, mit denen sie diese Anerkennung indigener Rechte verhandelt haben, verlieren durch Freihandelsabkommen immer mehr an Souveränität, besonders wenn es sich um den Zugang zu natürlichen Ressourcen (Holz, Bodenschätze, Wasserrechte, indigenes Wissen in Verbindung mit Biodiversität, etc.) handelt. Dadurch werden auch direkt die Rechte indigener Völker und deren Autonomie in den Territorien bedroht und ihr Überleben in Frage gestellt.

Wir fordern die politischen EntscheidungsträgerInnen in der EU und in Lateinamerika auf, die ILO-Konvention 169 zu unterzeichnen und zu ratifizieren, welche die Rechte indigener Völker verbindlich formuliert. Österreich sollte mit gutem Beispiel vorangehen und im ersten Halbjahr 2006 – während seines Vorsitzes der EU-Präsidentschaft – die ILO-Konvention unterzeichnen.

¹⁷ Vgl. Andras Missbach: Lula und die Landlosenbewegung – Brasilien zwischen Binnenmarkt und Exportboom, Widerspruch 47

Weiters muss sichergestellt werden, dass Freihandelsabkommen festgeschriebene indigene Rechte, wie sie die ILO-Konvention beinhaltet, nicht unterlaufen. Die ILO Konvention 169 wurde seit ihrem Inkrafttreten bisher nur von 17 Staaten (darunter nur 2 EU-Staaten) ratifiziert¹⁸.

Wir fordern ...

...mehr Transparenz, Partizipation und demokratische Kontrolle im Verhandlungsprozess

Die tiefgreifenden Deregulierungsmaßnahmen im Zuge von Freihandelsabkommen verkleinern den handelsrelevanten Spielraum der Politik, erfordern die Veränderung von Gesetzen bis hin zu verfassungsmäßigen Anpassungen und greifen in die Lebenswelten von breiten Bevölkerungsgruppen ein. Diese schwerwiegenden Eingriffe sollten daher mit einer breiten demokratischen Kontrolle während des Verhandlungsprozesses einhergehen. Doch dies ist nicht der Fall. Die EU-Kommission arbeitet eng mit den jeweiligen Lobbygruppen aus Industrie, Dienstleistungen und Agrobusiness zusammen. Dies führt dazu, dass mitunter diese Gruppen sogar direkten Zugang zu den Verhandlungen bekommen bzw. ihre Forderungspapiere fast vollständig als Position der EU-Kommission übernommen werden,¹⁹ während eine kontinuierliche Einbindung von Parlamenten und der Zivilgesellschaft nicht vorgesehen ist. Eine größere Transparenz und eine ausgewogene Einbindung von Politik und Zivilgesellschaft während des Verhandlungsprozesses muss sichergestellt werden.

Redaktion:

Ingrid Klein (Jugend Eine Welt)

Heidi Leitner (KOO)

Rudolf Remler-Schöberl (DKA)

Judith Zimmermann-Höfl (KOO)

Sandra Maria Quintela Lopes (PACS - Instituto de Políticas Alternativas para o Cono Sul), Brasilien

Luíz Bassegio („Grito continental“ - Schrei der Ausgeschlossenen), Brasilien

¹⁸ Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Fidschi, Guatemala, Honduras, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Paraguay, Peru und Venezuela.

¹⁹ Vgl. Christina Deckwirth: The EU Corporate Trade Agenda – The role and interests of corporations and their lobby groups in Trade Policy-making in the European Union, Seattle to Brussels Network, November 2005